

Es braucht ein Bekenntnis zum Bundesheer

■ BERNHARD EGGER



Bernhard Egger ist Milizoffizier (Oberleutnant) und Vorstandsmitglied der Offiziersgesellschaft Wien. Im Zivilberuf ist er für die Wirtschaftskammer Österreich tätig.

Der Zustand des Bundesheeres ist derzeit aufgrund des riesigen Investitionsrückstaus nicht verfassungskonform. Dies hat nicht nur die vorherige Bundesregierung in ihrem Regierungsprogramm festgehalten, sondern wurde auch von Bundespräsident Alexander Van der Bellen festgestellt. Aus Sicht der wehrpolitischen Verbände ist es wichtig, dass die Einsatzbereitschaft des Bundesheeres wiederhergestellt wird. Unter Einsatzbereitschaft verstehe ich ohnedies nicht die Fähigkeit zur Landesverteidigung im herkömmlichen Sinne, sondern die Wiedererlangung der Fähigkeit zur Erfüllung von Minimalaufgaben, deren Bewältigung beispielsweise vor 10 bis 15 Jahren noch möglich war. Um es auf den Punkt zu bringen: Die Bewältigung eines Jahrhunderthochwassers wie jenes in 2002 wäre derzeit gar nicht mehr möglich.

Vielfältige Aufgabengebiete

Das Bundesheer hat vielfältige Aufgaben, deren Wichtigkeit man vor allem im Krisenfall nicht unterschätzen sollte: Abwehrfähigkeit gegenüber hybriden Bedrohungen (z.B. Terrorismus), strategische Handlungsreserve für resilienzgefährdende Krisen (z.B. Blackout), Abwehr von Cyberangriffen, zeitgemäße Luftverteidigung und Luftraumüberwachung, internationale Einsätze, Katastrophenhilfe und sicherheitspolizeilicher Assistenzeinsatz. Es macht keinen Sinn, diese Aufgaben gegeneinander auszuspielen, denn alle Aufgaben sind gleich bedeutsam. Beispiel Drohnenabwehr (zur Erinnerung: vor ein paar Monaten wurde der Flugverkehr am Flughafen Heathrow in London durch eine Drohne gestört): Eine Drohnenabwehr ist laut Bundesminister Starlinger derzeit de facto nicht vorhanden.

Beispiel Luftraumüberwachung: Glaubt jemand ernsthaft, dass Wien seine Beliebtheit bei internationalen Organisationen (UNO, OPEC) und internationalen Konferenzen behalten würde, verfügte man über keine State-of-the-art Kampfflugzeuge?

Keine „Panzerschlacht im Weinviertel“

Der Ist-Zustand des Bundesheeres ist prekär: 65% der Gebäude benötigen eine größere Instandsetzung bzw. einen Abbruch und Neubau. Das Bundesheer wurde in den vergangenen 15 Jahren finanziell regelrecht leergeräumt. Neben zahlreichen Liegenschaften wurden seit 2004 41% der Luftfahrzeuge, 62% der schweren Waffen, 61% der geschützten und gepanzerten Fahrzeuge, und mehr als 50% der ungeschützten LKWs und Pkws eingespart. Der Personalstand sank um 16%, die Mobilmachungsstärke gar um 50%. Die Fortsetzung des Sparkurses würde aber auch beim für den Katastrophenschutz so wichtigen Pioniergerät drastische Lücken aufreißen: 60% des Pioniergeräts wären ab spätestens 2025 nicht mehr einsatzbereit. Der Fuhrpark hat ohnedies schon länger nur mehr musealen Charakter. Und Kampfpanzer hat das Bundesheer schon jetzt kaum mehr, insofern ist die oftmals polemisch ins Treffen geführte Panzerschlacht im Weinviertel eine Themenverfehlung. Diese Bedrohungslage ist schon lange nicht mehr aktuell. Die Verwendung dieses Bildes in der Öffentlichkeit erweckt jedoch den Eindruck, als ob Militärs und Verfechter eines höheren Bundesheerbudgets sich mit zusätzlichem Geld genau für eine solche Lage wappnen wollen. Darum geht es überhaupt nicht.

Mit dem derzeitigen Budget kann das Bundesheer kaum seine Infrastruktur in-

stand halten. Laut dem Milizbeauftragten Erwin Hameseder sind zudem von 10 Milizbataillonen maximal drei gleichzeitig einsetzbar, weil die ausreichende Mannesausrüstung nicht vorhanden ist. Außerdem hat sich Österreich verpflichtet, sich an der Europäischen Verteidigungsunion PESCO zu beteiligen.

Trittbrettfahrer Österreich

Die Forderungen an eine neue Bundesregierung lauten, die Bundesverfassung einzuhalten und sich zum Bundesheer, organisiert nach den Grundsätzen eines Milizsystems sowie zur allgemeinen Wehrpflicht, zu bekennen. Die Auswirkungen von Konflikten sind nicht zuletzt durch die Migrationskrise 2015 sichtbar geworden und erfordern, dass das österreichische Staatsgebiet und seine Bürger geschützt werden, sowie Österreich gegen alle Formen der Bedrohung gerüstet ist. Darüber hinaus sei auch an die Europäische Beistandspflicht erinnert. Wer mehr Europa will, muss auch einsehen, dass mehr Zusammenarbeit auf europäischer Ebene nicht weniger, sondern mehr Geld kosten wird. Bis dato waren Österreicher hier eher Trittbrettfahrer, wengleich an internationalen Friedensmissionen beteiligt.

Man muss mehr Geld in die Hand nehmen

Für die Stärkung des Bundesheeres ist eine langfristig gesicherte und ausreichende budgetäre Bedeckung notwendig, um den Investitionsrückstau der vergangenen Jahre aufzulösen. Als budgetäre Notwendigkeit wird neben den nötigen Sonderinvestitionen für den Eurofighter-Ersatz (oder Nachrüstung) und der Nachbeschaffung für die Alouette III-Hubschrauber eine schrittweise Anhebung des Regel-Verteidigungsbudgets bis 2022 auf 3,3 Mrd. Euro gefordert. Das wären ca. 0,75% des BIP, verglichen mit derzeit ca. 0,55%. Damit würde das Verteidigungsbudget in einer Größenordnung wie vor 13 Jahren liegen und wäre noch immer eines der Schlusslichter in Europa. Langfristig müsste das Verteidigungsbudget

auf 1% des BIP angehoben werden. Der EU-Schnitt liegt bei 1,5%.

Eine weitere Forderung ist die budgetäre Absicherung der Teilnahme an der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU inklusive Schutz der EU-Außengrenzen, Stabilisierung des Westbalkans sowie eine Teilnahme an Auslandseinsätzen. Und es müssen auch der Wehrdienst attraktiver gestaltet und die Tauglichkeitskriterien überarbeitet werden. Es ist unverständlich, dass viele junge Staatsbürger untauglich sind, obwohl sie ohne Einschränkungen diversen Berufen nachgehen können. Nicht jeder Wehrpflichtige/Zivildienstler muss die körperliche Fitness aufbringen, die beispielsweise bei einer Kampftruppe erforderlich ist. Es gibt auch Hilfstätigkeiten im Betrieb der Infrastruktur, der Küchen etc., wo Wehrpflichtige mit einer geringeren Tauglichkeit zum Einsatz kommen können.

6+2 Milizmodell wieder einführen

Um das Milizsystem, wie in der Verfassung vorgesehen, aufrecht erhalten zu können, ist es unumgänglich, wieder ein 6+2 Modell beim Wehrdienst einzuführen. Derzeit werden Rekruten ausgebildet, die nach 6 Monaten Grundwehrdienst nicht mehr zum Einsatz kommen. Hier braucht es verpflichtende Milizübungen in der Dauer von zusätzlich 2 Monaten, die in den Jahren nach dem Wehrdienst mit jeweils zweiwöchigen Übungen abgeleistet werden. Kann man sich zu diesem Schritt nicht entschließen, wird die Miliz aufgrund mangelnden Nachwuchses allmählich aussterben. Das Milizsystem ist aber – um ein halbwegs kostengünstiges und effizientes Bundesheer inklusive Auslandseinsätzen sicherzustellen – unumgänglich.

Abschließend ist festzustellen, dass es ein ehrliches Bekenntnis zum Bundesheer durch die neue Bundesregierung braucht: Mehr Geld und vor allem das politische Commitment, dass man Sicherheitspolitik im Sinne der Sicherheit der österreichischen Bevölkerung endlich wieder ernst nimmt. ■

■ Die Bewältigung eines Jahrhunderthochwassers wie jenes in 2002 wäre derzeit gar nicht mehr möglich.